

© Luxemburger Wort

Mehr Geld für Studenten

Parlament verabschiedet Verbesserungen der Studienbeihilfen

Gestern stimmte das Parlament über Änderungen am Studienbeihilfengesetz ab. Die Mobilitätsprämie steigt von 2 000 auf maximal 2 450 Euro. Diese Maßnahme soll Studenten motivieren, Auslandserfahrung zu sammeln. Die Sozialprämie steigt von 3 000 auf maximal 3 800 Euro. Behinderte Studenten können künftig eine Verlängerung (bis zu vier Semester) der Beihilfen beantragen.

Des Weiteren werden die Beihilfen auf Vorschlag des OGBL indexiert, eine Maßnahme, die ab 2018/19 greifen wird. Grenzgänger müssen das Beihilfensystem in ihrem Land voll ausschöpfen, bevor sie ihr Recht auf Luxemburger Beihilfen geltend machen können. Die Anpassungen werden den Staat jährlich zusätzlich zehn Millionen Euro kosten.

Die CSV bemängelte, dass viele Fragen unbeantwortet geblieben seien, die Basisprämie unverändert bei 2 000 Euro bleibt und kinderreiche Familien nach wie vor benachteiligt würden. Der zuständige Minister Marc Hansen konterte mit dem Argument, die Neuregelung sei weitaus großzügiger als die Vorschläge der CSV aus dem Jahr 2014, als die blau-rot-grüne Regierung das Gesetz ein erstes Mal anpasste. Die CSV stimmte gegen die Neuregelung, die mit den Stimmen der Mehrheitsfraktionen und der ADR angenommen wurde. ADR-Sprecher Fernand Kartheiser begrüßte die Indexierung der Beihilfen, schlug darüber hinaus aber auch vor, die Basisprämie auf das Niveau des Kindergeldes anzuheben. Auch David Wagner von Déi Lénk bemängelte die unverändert „niedrige“ Basisprämie. Zudem vermisste er in Sachen Mobilitätsprämie eine Differenzierung der Studienstädte.

Das Gesetz aus dem Jahr 2010 war infolge eines Urteils des

Europäischen Gerichtshofs vom Juni 2013 in einer Blitzaktion von der damaligen CSV-Ministerin Martine Hansen angepasst worden, um den finanziellen Schaden für den Staat in Grenzen zu halten. Unter der blau-rot-grünen Regierung wurde das Gesetz am 24. Juli 2014 überarbeitet. Nach Gesprächen mit der Studentenvereinigung Acel, den Gewerkschaften OGBL und LCGB hatte der zuständige delegierte Hochschulminister Marc Hansen den Studenten 2015 eine finanzielle Aufwertung der Beihilfen in Aussicht gestellt, die ab der nächsten akademischen Rentrée in Kraft treten. (mig)

Luxemburger Wort vom Freitag, 1. Juli 2016, Seite 3